

Kersten Knipp

Das Pferd läuft nach links

Die Schattenseiten der sozialistischen Sozialprogramme

Am 5. Dezember soll der Vertrag zur Gründung der »Bank des Südens« in Caracas feierlich unterzeichnet werden. Die neoliberalen Politikvorgaben, an die WELTBANK und IWF ihre Kreditvergabe jeweils knüpfen, werden nämlich von den Regierungen der stimmberechtigten Gründungsmitglieder des neuen Finanzinstituts (Venezuela, Brasilien, Argentinien, Bolivien, Ecuador, Paraguay und Uruguay) als Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihrer Länder und als Nötigung zur Privatisierung staatlichen Eigentums bewertet. Dieser Emanzipationsversuch kann andererseits aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die umfangreichen Sozialprogramme in den genannten Ländern bereits jetzt gravierende ökonomische Verwerfungen zeitigen.

Über 170 Jahre hinweg lief das Pferd nach rechts, dann aber passte seinem Herrn die Richtung nicht mehr. Hart griff er in die Zügel und sorgte umgehend für die Kehrtwende. Seit anderthalb Jahren läuft das Tier nun nach links – und mit dem Hengst, so wünscht es sein Herr, soll auch gleich das gesamte venezolanische Volk die Richtung wechseln.

Der Linksschwenk des nationalen Wappentiers, den Hugo Chávez im März 2006 im Parlament durchsetzte, ist nur eine der bizarren Amtshandlungen, mit denen der venezolanische Präsident seine Politik zu begleiten pflegt. Den Vorwurf aber, dass symbolische Politik die reale zu ersetzen droht, braucht Chávez nicht zu fürchten: Seit er 1998 erstmals ins Präsidentenamt gewählt wurde, hat er die politische Landschaft so gründlich umgestaltet wie kein Politiker vor ihm.

Die Rezepte von IWF und WELTBANK blieben fruchtlos

Es gab ja auch einigen Grund, die bisherige Politik zu überdenken, nicht nur in Venezuela, sondern in fast allen Ländern des lateinamerikanischen Subkontinents. Angesichts drückender Schuldenberge und rasant ansteigender Inflationsraten erwiesen sich die Rezepte von IWF und WELTBANK als überwiegend fruchtlos. Besonders verheerend war die Lage in Ar-

gentinien, wo die Krise zu Beginn des neuen Jahrtausends ihren Höhepunkt erreichte – obwohl das Land den Weisungen von IWF und WELTBANK treu gefolgt war. Freilich hatten die beiden Finanzinstitutionen schon selbst erkannt, dass die angeratenen Maßnahmen nicht die erhofften Wirkungen zeitigten: »Das Ergebnis unseres Engagements ist keine reine Erfolgsstory«, räumte Horst Köhler, damals Geschäftsführender Direktor des IWF, im Mai 2001 ein.

Auch in Venezuela nahm der Lebensstandard stetig ab. Die armen Schichten kämpften mit Mangel- und Unterernährung, die Arbeitslosigkeit stieg – und all dies, obwohl das Land über gewaltige Ölvorräte verfügt. Zudem sah sich Venezuela, wie die meisten anderen lateinamerikanischen Länder auch, mit den Problemen der Korruption und der Untreue konfrontiert.

Auf solchem Boden konnten radikale Reformen fruchten, und Chávez verfolgt seine Umgestaltung seit Jahren mit ungebrochener Vehemenz: Im Mai dieses Jahres kündigte er den Austritt Venezuelas aus IWF und WELTBANK an, nachdem das Land dank der Petrodollars seine Schulden vollständig hatte begleichen können. Nun soll eine BANCO DEL SUR (»Bank des Südens«) gegründet werden, ebenfalls finanziert mit den Einnahmen

aus dem Ölgeschäft. Auch Brasilien, Argentinien und Ecuador hatten in den vergangenen Monaten bereits die Zusammenarbeit mit den beiden Finanzinstitutionen beendet. So bestehen keine strikten Sparauflagen mehr und die frei werdenden Gelder sollen verstärkt in Sozialausgaben fließen. Die Länder Bolivien, Nicaragua und Kuba haben mit ihren Staatsführern Evo Morales, Daniel Ortega und Fidel Castro schillernde Figuren der neuen und alten lateinamerikanischen Linken an ihrer Spitze, die einer »eigenen«, auflagenbefreienden Entwicklungsbank aufgeschlossen begegnen. Sie alle sympathisieren mit Chávez' Projekt der

Alternativa Bolivariana para las Américas: ein gegen die als »neoliberal« gebrandmarkte Wirtschaftspolitik des Nordens geeintes, sozialistisches Lateinamerika.

Das Geld für die neue Politik liegt im venezolanischen Untergrund: Die gewaltigen Erdölreserven sollen nun ohne die bisherige Beteiligung ausländischer Unternehmen gefördert werden. Bereits im Mai hatte Chávez die Kontrolle über die Ölfelder im Orinoco-Becken übernommen, die bislang überwiegend von US-amerikanischen Firmen betrieben wurden.

Auch der Telefon- und Stromsektor soll nationalisiert werden. Chávez erhofft

sich davon Einsparungen, um weitere Investitionen in den Sozialstaat möglich zu machen. So soll in Venezuela ein kostenfreies öffentliches Gesundheitswesen errichtet werden. Tatsächlich wurde mit Hilfe von 20.000 entsandten kubanischen Ärzten und Krankenpflegern in den Elendsvierteln und auf dem Land ein Programm aufgelegt, das den Ärmsten der Armen grundlegende Hilfe gewährleistet. Außerdem plant die Regierung ein umfassendes Versicherungssystem, zu welchem künftig all diejenigen Zugang haben sollen, die sich die Vorsorge bislang nicht leisten konnten.

Auch die Schulbildung soll bald kostenlos sein, und der Staat will die öffentlichen Bibliotheken finanzieren. Große Sozialprogramme werden seit Längerem ins Leben gerufen, so etwa die *Misión Robinson*, mit der die Alphabetisierung des Landes vorangetrieben werden soll.

Ein ehrgeiziges Programm verfolgt auch die *Misión Alma Mater*: Mit ihrer Hilfe sollen insgesamt 50 neue Universitäten im Land gegründet werden. Und über die *Misión Mercal* wurde eine staatliche Supermarktkette gegründet, die Lebensmittel zu subventionierten Preisen anbietet. Chávez ist bemüht, sozialistische Träume Wirklichkeit werden zu lassen. Besonders deutlich wird das durch so fragwürdige Ideen wie die geplante Arbeitszeitverkürzung: Arbeitnehmer sollen künftig nicht mehr als sechs Stunden pro Tag und 36 in der Woche arbeiten, so die Forderung.

Das Füllhorn ist noch nicht versiegt

Aber wie lange lassen sich solche Programme finanzieren? Eine akute Bedrohungslage besteht zumindest nicht: Das venezolanische Öl, Grundlage aller Wohlfahrtsprojekte, wird noch über Jahre sprudeln. Seit Chávez 1998 an die Macht kam, hat sich der Weltmarktpreis für Öl versiebenfacht – ein willkommenes Geschenk

für einen Staat, der seine Einnahmen zu 50 Prozent aus seinem wichtigsten Bodenschatz zieht. Zudem hat sich Chávez per Verfassungsänderung die Kontrolle über die Zentralbank gesichert, denn nur ohne den Einspruch des Direktoriums hatten sich die Sozialausgaben erhöhen lassen. Dort hatte man ihm prophezeit, die Programme würden die Inflationsrate nach oben schnellen lassen. Die liegt derzeit bei 17 Prozent – und ist damit die höchste in ganz Lateinamerika.

Derzeit fließt durch den Ölhandel so viel Geld nach Venezuela, dass Chávez das Füllhorn auch über andere Staaten halten kann: Zwei bis drei Millionen DOLLAR gehen jährlich nach Kuba, Argentinien erhält Kredite im Umfang von rund fünf Milliarden DOLLAR, Bolivien, Ecuador und Jamaica bekommen Unterstützung beim Ausbau der industriellen Infrastruktur. In Nicaragua unterstützt Chávez den Bau von 200.000 Häusern sowie den Ausbau des Gesundheits- und des Bildungssystems.

Über diese Hilfe vergisst der Staatschef allerdings die Industrie im eigenen Land – fatalerweise auch die Schlüsselindustrie der Erdölförderung. Dort ist die Produktion seit 1998 um ein Viertel gesunken, und die von der staatlichen Ölgesellschaft PETRÓLEOS DE VENEZUELA SA geförderten Mengen gingen im gleichen Zeitraum gar um die Hälfte zurück. Das störte zunächst nicht, da die Preissteigerungen die zurückgehende Produktionsmenge mehr als ausglich.

Umso beunruhigender sind die Ursachen für die gedrosselte Produktion: Mangelndes Know-how und ungenügende Investitionen in neue Förderanlagen. Als die Mitarbeiter des Ölkonzerns 2003 gegen die Übergabe der Konzernleitung an Vertraute des Präsidenten in den Streik traten, entließ Chávez die Hälfte der damals 40.000 Angestellten. Ein Großteil ging ins Ausland – und mit ihnen verließ auch wertvolles technisches Wissen das Land.

Südamerikanische Regierungsstile: autoritär und sozial?

Das Schwinden und Schweigen der Gegner ist Chávez durchaus willkommen, und darum muss er sich nicht einmal besonders bemühen. Nachdem die Opposition die Beteiligung an den Parlamentswahlen im Dezember 2005 verweigert hat, kann der Präsident ungestört regieren.

Seine Anhänger will er durch die neu geschaffene PARTIDO SOCIALISTA UNIDO DE VENEZUELA (Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas) auf Linie bringen. Nach Angaben der Partei haben bereits über fünf Millionen Menschen den Eintritt beantragt.

Damit die Genossen wissen, was sie zu denken haben, lässt Chávez missliebige Informationsquellen schließen. Das zeigt etwa die Verweigerung der Lizenzverlängerung für den Privatsenders RADIO CARACAS TELEVISIÓN, da er angeblich den gescheiterten Putschversuch im Jahr 2002 unterstützt habe. Auf dem ehemaligen Sendeplatz von RCTV läuft nun der Staatssender TELEVISORA VENEZOLANA SOCIAL (Soziales Venezolanisches Fernsehen), wo der Staatsef jeden Sonntag in seiner sechsstündigen Sendung *Aló Presidente* erläutert, was unter seinem »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« zu verstehen sei.

Auch in anderen Ländern der Region gestalten die Regierungschefs das politische System schon mal nach Gutdünken um: Bevor er im Januar dieses Jahres zum Präsidenten gewählt wurde, änderte Daniel Ortega in Absprache mit seinem Vorgänger kurzerhand das Wahlrecht. Um Präsident zu werden, braucht man demnach mindestens 40 Prozent der Stimmen – oder auch nur 35, wenn andere Kandidaten um mindestens 5 Prozentpunkte zurückliegen. Während er einerseits mit Hugo Chávez sympathisiert und dessen Geldsegen gerne annimmt, betreibt seine Partei FSLN (Sandinistische

Nationale Befreiungsfront) regen Handel mit US-amerikanischen Firmen, so etwa mit dem Unternehmen RICELAND, dessen Produkte in großem Stil nach Nicaragua importiert werden. Dadurch bleiben die Reisbauern im eigenen Land, die nicht konkurrenzfähig sind, auf ihren Produkten sitzen.

Einen ganz eigenen politischen Stil pflegte auch der argentinische Präsident Néstor Kirchner. Die Auslandsschulden, welche über 100 Milliarden DOLLAR betragen, pflegte er so lange nicht mehr, bis die Gläubiger sich im Jahr 2005 bereit zeigten, auf 70 Prozent ihrer Forderungen zu verzichten.

Weil er im überwiegend von ausländischen Firmen dominierten Sektor der Infrastruktur eine Preissteigerung verbot, investierten die ihre Gelder anderswo. In der Folge werden Kraftwerke, Strom- und Gasnetze, Straßen und Brücken nicht weiter unterhalten oder gepflegt, was Versorgungsknappheiten zur Folge hat. Gleichzeitig stiegen die Staatsausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 50 Prozent an.

Ob mit radikalen oder gemäßigten Parolen: Viele lateinamerikanische Staats- und Regierungschef fahren, versteckt oder offen, einen autoritären Kurs. Deren Programme helfen zwar den Armen – aber nur solange die Sozialpolitik auch finanzierbar ist. In Venezuela mag das noch länger der Fall sein, aber in den anderen Ländern wird Politik auf Pump gemacht.

Das Pferd wird noch eine Weile nach links traben. Wie viel der Richtungswechsel am Ende gebracht hat, werden spätere Reiter feststellen müssen.



Kersten Knipp (*1966)
lebt als freier Publizist in Köln.